



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

NORDMAZEDONIEN


NACH DER WAHL


Aret Demirci & Ivaylo Tsonev

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

Verfasser

Aret Demirci & Ivaylo Tsonev

Stand

Juli 2020

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt.

Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Nordmazedonien hat gewählt – was nun?

Parlamentswahlen inmitten der Corona-Pandemie sind auf dem Balkan mittlerweile zur Gewohnheit geworden – nach Kroatien und Serbien gingen nun auch in Nordmazedonien die Bürger unter außerordentlichen Umständen an die Urnen. Für Beobachter ist diese Wahl die vielleicht wichtigste seit der Unabhängigkeit des Landes. Die Sozialdemokraten des ehemaligen Ministerpräsidenten Zoran Zaev konnten die Wahl zwar mit einem hauchdünnen Vorsprung für sich entscheiden – ob Zaev wieder Ministerpräsident wird und sein Land weiter in Richtung EU steuern kann, ist jedoch alles andere als ausgemacht.

„Der Fortschritt hat gewonnen“, sagte der 45-jährige Zaev sichtlich erleichtert vor Anhängern seiner Partei in der Hauptstadt Skopje. „Unsere positive Kampagne hat überzeugt. Unsere Bürger haben für eine bessere Zukunft, für Einigkeit und Solidarität, für ökonomischen Patriotismus sowie Recht und Ordnung gestimmt“, so der Sozialdemokrat enthusiastisch. Der Chef der SDSM und frühere Ministerpräsident (2017-2020) versprach schnelle Reformen, um die Beitrittsgespräche mit der Europäischen Union so schnell wie möglich aufzunehmen und die durch die Corona-Pandemie angeschlagene Volkswirtschaft anzukurbeln.

Wahlen in Zeiten der Pandemie

Covid-19 scheint nicht nur die heimische Wirtschaft geschwächt zu haben, sondern auch die Motivation der Menschen, an die Urnen zu gehen. Lediglich knapp 51% der etwa 1,8 Millionen Wahlberechtigten haben von ihrem Recht auch tatsächlich Gebrauch gemacht. Bei den letzten Wahlen im Dezember 2016 betrug die Wahlbeteiligung noch 67%. Die Wahl am 15. Juli 2020 war die zehnte seit der Unabhängigkeit der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik im Jahre 1991. Es ist jedoch mittlerweile die fünfte vorgezogene Wahl nacheinander, was die steigende politische Instabilität in Nordmazedonien verdeutlicht.

Auch wenn umfangreiche Maßnahmen zum Gesundheitsschutz getroffen wurden, hatte laut einer Umfrage fast die Hälfte der Befragten ein mulmiges Gefühl beim Wahlgang. Kein Wunder, denn in den letzten Wochen hat die Zahl der Corona-Infizierten im Land rapide zugenommen. Mit mehr als 8.500 Infizierten und knapp 400 Toten hat

Nordmazedonien in der gesamten Region die höchste Todesrate pro Kopf. Selbst im Nachbarland Serbien, das fast vier Mal mehr Einwohner hat, ist die Zahl der Todesfälle niedriger. Binnen weniger Wochen ist Nordmazedonien vom Vorbild der Virusbekämpfung zum warnenden Beispiel geworden. Die Pandemie hatte bereits dafür gesorgt, dass die ursprünglich für den 12. April terminierten Wahlen auf den 15. Juli verschoben wurden.

Dabei hatte Gesundheitsminister Venko Filipce wenige Tage zuvor versichert, dass der Gang an die Urne einfach sei, „vergleichbar mit dem Weg zum nächsten Supermarkt“. Doch ein Hackerangriff auf die Webseite der Wahlkommission am Tag der Abstimmung und die geringe Wahlbeteiligung haben gezeigt, dass Wahlen inmitten der Pandemie doch nicht so einfach sind.

Auf Zaev warten lange Koalitionsverhandlungen

Der anfängliche Überschwang über die frohe Kunde wich angesichts der schwierigen Koalitionsoptionen schnell der Ernüchterung. Auf Zaev und seine SDSM warten trotz des Wahlsiegs sehr lange und hartnäckige Koalitionsverhandlungen, deren Ausgang ungewiss ist. Seine pro-europäische Allianz Mozhome („Wir können“), die noch vor den Wahlen zwischen der SDSM, der albanischen BESA, der Liberaldemokratischen Partei und einigen anderen Kleinparteien geschmiedet worden war, kommt nach vorläufigen Ergebnissen auf etwas mehr als 36% und 46 Sitze im insgesamt 120 Sitze zählenden Parlament. Die Liberaldemokratische Partei, Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, ist mit zwei Abgeordneten vertreten. Die Allianz verfehlt jedoch klar die absolute Mehrheit von 61 Sitzen. Es wird erwartet, dass Zaev als Chef der stärksten Partei als erster die Aufgabe erteilt bekommt, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden. Nur im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen wird diese Aufgabe an die zweitplatzierte VMRO-DPMNE weitergegeben, so die politische Tradition.

Die Nationalisten wollen die Uhr zurückdrehen

Zaevs größter Konkurrent, die national-konservative VMRO-DPMNE von Hristijan Mickoski, unterlag mit fast 35% und 44 Sitzen sichtlich knapp. Auch wenn die VMRO DPMNE ihr Ziel, als stärkste Partei aus den

Wahlen hervorzugehen, verfehlt hat, gab die Parteiführung bekannt, sich auch nach den Wahlen am demokratischen Wettbewerb zu beteiligen. Der nationalpopulistische Mickoski, dessen sozioökonomische Wahlversprechen denen von Zaev sehr ähnelten, machte mit seiner Wahlkampagne „Erneuerung für Mazedonien“ nationalistische Stimmung gegen 2018 mit Griechenland geschlossene Prespa-Abkommen. Dieses Abkommen hatte den Weg des Landes zur transatlantischen Integration nach Jahren der nationalistischen Isolation überhaupt erst freigemacht. Nach Aufhebung der Blockade Athens wurde das Land in rascher Abfolge zunächst 30. NATO-Mitglied; Beitrittsgespräche mit der EU sollen nach anfänglichem Veto Frankreichs bald beginnen. Die Unterzeichnung des Abkommens hat Nordmazedonien auch für ausländische Investoren interessant gemacht – die Anzahl der in den Sonderwirtschaftszonen tätigen Firmen hat sich seit 2018 auf 40 verdoppelt.

Für Zaev ist das Abkommen sein bestes Aushängeschild: „Ich habe, zusammen mit unseren Bürgern, Nordmazedonien in die NATO geführt. Die EU hat entschieden, die Beitrittsgespräche mit uns zu beginnen. Zusammen mit unseren Bürgern werden wir unser Land zum EU-Mitglied machen“, so Zaev stolz. In den zweieinhalb Jahren seiner Amtszeit konnte sich Zaev auf internationaler Bühne profilieren, doch zu Hause gibt es noch reichlich Hausaufgaben – die Etablierung einer parteiunabhängigen Justiz und die Bekämpfung der grassierenden Korruption sind die dringendsten Aufgaben.

Doch das Prespa-Abkommen hatte auch seinen Preis: Mazedonien, das sich 1991 vom ehemaligen Jugoslawien löste, muss sich seit der Unterzeichnung „Nordmazedonien“ nennen. Viele Bürger sehen darin eine Schmach für das Land, und ein Politiker wie Mickoski lehnt das Präfix „Nord“ im neuen offiziellen Namen des Landes demonstrativ ab.

Nur wenige erwarten, dass der Nationalist Mickoski im Falle einer Regierungsbeteiligung das Prespa-Abkommen einfach außer Kraft setzen würde, denn schließlich steht auch seine Partei für die NATO- und EU-Mitgliedschaft. Doch es wird befürchtet, dass die nur mühsam reparierten Beziehungen zu den Nachbarländern Griechenland und Bulgarien bei einer einseitigen Modifikation des Abkommens schweren Schaden nehmen könnten.

Mickoski und seine VMRO-DPMNE lehnen auch die erweiterten Rechte für Albaner ab, die immerhin ein

Viertel der Gesamtbevölkerung Nordmazedoniens ausmachen. Unter Zaev wurde Albanisch als zweite Amtssprache eingeführt. In Regionen mit signifikanter albanischer Bevölkerung sind die Straßenschilder zweisprachig. Mickoski will dieses Gesetz rückgängig machen, den „unitären Charakter des Landes wiederherstellen“ und die Bezeichnung „Mazedonische Nation“ in die Verfassung aufnehmen. All diese Versprechen waren eine klare Provokation gegen die Albaner, mit dem Ziel, die Mehrheit der ethnischen Mazedonier hinter sich zu vereinen. Doch dieses Kalkül ging nicht auf, denn der bewaffnete Konflikt von 2001, der das Land damals an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht hatte, steckt bei den meisten Menschen noch tief in den Knochen.

Die albanischen Parteien sind – wie fast immer – die Königsmacher

Nun steht Mickoski – falls er denn überhaupt die Gelegenheit bekommt, eine Regierung zu bilden – vor einer fast ausweglosen Situation: Es ist bitter ironisch, dass Mickoski, der in der Wahlkampagne wie kein anderer polarisiert und die Albaner marginalisiert hat, im Falle eines Regierungsauftrags auf die Albaner zugehen muss. Neben der einfachen Rechnung, dass er für die Mehrheitsbildung im Parlament auf die Stimmen der albanischen Parteien angewiesen ist, schreibt auch das Rahmenabkommen von Ohrid aus dem Jahre 2001 vor, dass immer mindestens eine albanische Partei in der Regierung vertreten sein muss. Zudem müssen Gesetze, die die albanische Volksgruppe betreffen, von mindestens 50% der albanischen Abgeordneten akzeptiert werden. Diese und weitere Festlegungen des Ohrid-Abkommens sind in der Verfassung verankert und in nationale Gesetze gegossen. Dieses Abkommen war damals erstellt worden, um den beinahe bürgerkriegsähnlichen Konflikt zwischen Mazedoniern und Albanern zu beenden.

Wie schon in der Vergangenheit, sind auch diesmal wieder die Albaner die Königsmacher, bei der Regierungsformation führt kein Weg an ihnen vorbei. Unter den albanischen Parteien ist die Demokratische Union für Integration, kurz: DUI, mit 11,3% Stimmenanteil und 15 Sitzen im neuen Parlament die stärkste Kraft. DUI-Chef Ahmet Ahmeti kann sich beruhigt zurücklehnen und warten, dass es bei ihm an der Tür klingelt. Für beide großen Parteien ist es nahezu unmöglich, die DUI bei der Regierungsformation auszuschließen.

„Opposition ist Mist“ – dieser Leitsatz von Franz

Müntefering gilt in gewisser Hinsicht auch für die DUI, denn sie war in 18 der vergangenen 20 Jahre als Juniorpartner an den Regierungen beteiligt und konnte bislang mehrere Minister albanischer Herkunft stellen.

Unter dem Druck der neugegründeten albanischen Parteien sah die DUI ihre Rolle als exklusiver Vertreter der Rechte der Albaner vor den Wahlen gefährdet und suchte die Flucht nach vorn, indem sie zum ersten Mal mit dem Politpensionär Naser Ziberi ein altes Skelett ausgrub und für den Posten des Ministerpräsidenten ins Rennen schickte. Viele halten diesen Schachzug von DUI-Chef Ali Ahmeti für Bluff. Zaev und Mickoski haben daraufhin Ahmeti gemeinsam Realitätsverlust diagnostiziert, doch dieser machte vor den Wahlen eine Kampfansage an beide große Parteien: „Sie wollen die DUI in die Opposition schicken. Sie träumen weiterhin davon, Albaner als Holzfäller und Müllsammler zu sehen und nicht in hohen Regierungsposten, die wir seit 18 Jahren mit Erfolg besetzt haben“, so Ahmeti. Mit seiner Maximalforderung nach einem albanischen Ministerpräsidenten und dem Wahlspot „Warum nicht?“ ließ Ahmeti alle Albaner kurzzeitig träumen: Das Kalkül ging auf. Doch sowohl die Sozialdemokraten unter Zaev als auch die Nationalkonservativen unter Mickoski lehnen einen albanischen Ministerpräsidenten ab.

Neben diesen drei „etablierten“ Parteien gibt es das Bündnis bestehend aus der „Allianz für Albaner und Alternativa“ (AA), das mit 8,6% Stimmenanteil und 12 Sitzen im Parlament vertreten sein wird. Zwei weitere kleine Parteien, Levica („Die Linke“) und die „Demokratische Partei für Albaner“ (DPA) werden mit zwei bzw. einem Sitz ihren Platz im Parlament einnehmen, das in der kommenden Legislaturperiode aus sechs Parteien bzw. Parteibündnissen bestehen wird.

Mit etwa 25,2% Stimmenanteil für alle albanischen Parteien zusammen, reflektiert dieser Wert zum ersten Mal in der Geschichte des Landes den tatsächlichen Bevölkerungsanteil der größten Minderheit des Landes. Die legislativen Reformen der letzten Jahre, zusammen mit dem steigenden Selbstvertrauen der albanischen Bevölkerung als Folge der Besetzung von politischen Spitzenämtern (z.B. Parlamentspräsident) durch Albaner, scheint die politische Motivation dieser Gruppe beflügelt zu haben.

Nach den Wahlen beginnen die Rechenspiele

Auch wenn es für Zaev der einfachste und sicherste

Weg wäre, die Koalition mit der DUI, die schon zwischen 2017 und 2020 bestand, zu erneuern, gibt es zahlreiche schwer aus dem Weg zu räumende Differenzen. Zaev hatte die Koalition mit der DUI kurzerhand beendet („Es war Zeit, dass die DUI in die Opposition geht“) und sie mit BESA ersetzt, da die DUI von der Wählerschaft der SDSM als Komplize des ehemaligen Ministerpräsidenten Gruevskis angesehen wird. Gruevski hatte das Land zwischen 2006 und 2016 mit autoritärer Hand regiert und durch Korruption und Machtmissbrauch zum Prototyp des Klientenstaates umgewandelt. Gruevski floh nach seiner Absetzung im Rahmen des Abkommens von Przino im Jahr 2018 nach Ungarn und suchte Schutz bei Viktor Orbán und entging so einer Haftstrafe.

Doch die Alternative zu einer Koalition mit DUI, nämlich eine Dreierkoalition bestehend aus dem Bündnis „Allianz für Albaner und Alternative“ sowie der Linken Partei, ist aufgrund der persönlichen Abneigungen der Parteiführer noch schwieriger. Die meisten Parteien sind lediglich einig in ihrer Uneinigkeit.

Nun hat in Nordmazedonien die Stunde der geheimen Deals geschlagen. Es bleibt abzuwarten, mit welchen Versprechen Zaev versuchen wird, doch noch eine funktionsfähige Regierungskoalition zu bilden.

Die Möglichkeiten für die SDSM unter Zaev, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden, sind nicht einfach. Doch für die VMRO-DPMNE ist die Lage wesentlich komplizierter und nahezu aussichtslos. Keine der Parteien will mit ihr aufgrund ihrer nationalistischen und anti-albanischen Rhetorik koalieren. Hinzu kommt, dass für die VMRO-DPMNE eine Zweierkoalition mit der DUI nicht ausreichen würde.

Zeit der politischen Ungewissheit noch lange nicht vorüber

Die Bürger Nordmazedoniens hatten sich erhofft, mit diesen Wahlen aus der politischen Krise herauszukommen, in der das Land seit der Blockadehaltung Macrons für die EU-Beitrittsgespräche steckt. Ob nun eine mehrheitsfähige Regierung entsteht, die die vielen Probleme und Herausforderungen anpacken kann, ist mehr als ungewiss. Um die lang ersehnten Beitrittsgespräche mit der EU beginnen zu können, braucht es aber eine stabile Regierung, die mehrere Jahre ungestört und harmonisch arbeitet und die großen Defizite in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit,

Presse- und Medienfreiheit, Minderheitenrechte, nur um einige zu benennen, beseitigt.

Seit weit mehr als hundert Tagen wird das Land von einer Übergangsregierung geführt, und es sieht so aus, als wenn dieses nicht so schnell abgelöst werden kann. Bei einem Scheitern der Koalitionsgespräche drohen dem Land politische Lähmung. Bleibt nur die Hoffnung, dass das Land nicht vom europäischen Weg abkommt, denn, wie bekannt, haben neben der EU auch autoritäre Mächte wie Russland, China oder die Türkei strategische Interessen auf dem Balkan.

Aret Demirci & Ivaylo Tsonev

